

Helmut Rumpler

Die deutsche Politik des Freiherrn von Beust 1848 bis 1850

Zur Problematik mittelstaatlicher Reformpolitik
im Zeitalter der Paulskirche



1972

VERLAG HERMANN BÖHLAUS NACHF. WIEN-KÖLN-GRAZ

Inhalt

Vorwort	11
I. DAS PROBLEM EINER BEUST-BIOGRAPHIE	15
Das Urteil der Zeitgenossen: Sachsen (15); die Ministerkollegen in den deutschen Mittelstaaten (16); die kleindeutsch-preußischen Gegner (17); Österreich-Ungarn (20) — Das Urteil der Geschichtsschreibung: Revanchepolitik nach 1866? (21) — Beusts deutsche Politik vor 1866 (28) — Methodenfragen: Quellenlage (32); zur Problematik des biographischen Frageansatzes (35)	
II. GESELLSCHAFTLICHE, BIOGRAPHISCHE UND POLITISCHE VORAUSSETZUNGEN DER POLITIK BEUSTS	37
1. Staat und Gesellschaft Sachsens im Spannungsfeld des österreichisch-preußischen Dualismus 1763—1830	
1763 als Epochengrenze (37) — Außenpolitische Anlehnung an Preußen im Fürstentum von 1785 und im „Nordischen Reichsbund“ von 1806 (38) — Anschluß an den Rheinbund 1811 (40) — Wendung zu Österreich 1813 (41) — Wurzeln des sächsischen Staatsbewußtseins: wirtschaftliche Konkurrenz mit Preußen (42); kulturelle Sonderstellung zwischen Nord- und Süddeutschland (44); Bedeutung des Bürgertums für den Staat (45) — Wandel der Voraussetzungen für eine eigenständige Außenpolitik in den Jahren 1830—1848 (48)	
2. Sozialer Status und Bildungsweg Beusts 1809—1848	
Existenzprobleme der sächsischen Ritterschaft (49) — Das Elternhaus (50) — Bildungseinflüsse in Göttingen (53) — Beginn der Beamtenkarriere (57) — Avancement im auswärtigen Dienst 1831—1836 (58) — Diplomatenjahre 1836—1848 (61)	
3. Das außenpolitische Erbe der Ära Ludwig von der Pfordten	
Von der Pfordtens Anfänge als „liberaler Märzminister“ (64) — Programm für die deutsche Politik: der „Bundesstaat auf volkstümlicher Grundlage“ für Deutschland und die „konstitutionelle Repräsentativverfassung mit ihren Konsequenzen“ für die deutschen Einzelstaaten (67) — Das „Vereinbarungsprinzip“ (69) — Abgrenzung gegen die Politik Bayerns (71) — Widersprüche in von der Pfordtens national-reformischem Konzept (75)	
4. Beusts Eintritt in die sächsische Politik	
Kandidat der konservativen Reformpartei aus der Ära Lindenau (76) — Entsendung auf den Berliner Gesandtenposten (79) — Opposition gegen von der Pfordtens anti-	

preußische Politik (81) — Beusts Auseinandersetzung mit den Problemen der preußischen Hegemonialpolitik (87) — Alternativen für die Orientierung der sächsischen Außenpolitik 1849: Beust-Zusammenarbeit mit Preußen; Karl Ludwig Kohlschütter-Ausgleich mit der Nationalversammlung; von der Pfordten-Durchführung des bayerischen Direktorialplanes (95) — Sachsens Antwort auf die preußische Zirkulärnote vom 23. Jänner 1849 und die „Bemerkungen der königlich sächsischen Regierung zu den in erster Lesung angenommenen Abschnitten des Verfassungsentwurfes“ (99) — Neuorientierung der sächsischen Außenpolitik durch die Berufung Beusts als Nachfolger von der Pfordtens (24. Februar 1849) (101)

III. BEUSTS POLITIK GEGEN DIE FRANKFURTER REICHsverFASSUNG . . . 107

1. Die Bedeutung der Frankfurter Kaiserwahl vom 28. März 1849 für die Politik der deutschen Mittelstaaten

Die Mittelstaaten und die Frankfurter Verfassungspläne (107) — Beust und die Revolution; der Konflikt mit der sächsischen Kammeropposition bis zur Kaiserwahl (112) — Preußens Antwort auf das Angebot der Kaiserkrone (115) — Beusts Angebot an Preußen: Verhandlungen über die Gründung des „engeren Bundesstaates“ unter Wahrung des „Vereinbarungsprinzips“ (119)

2. Beust und Johann Carl Bertram Stüve

Grundlagen der sächsisch-hannoveranischen Zusammenarbeit (132) — Die „Consideranda und Ergänzungen bei der preußischen Zirkulärnote vom 3. April 1849“ (136) — Zur Allianz Beust—Stüve: liberaler Konservatismus und konservativer Liberalismus (140) — Preußen läßt die sächsisch-hannoveranischen Anfragen unbeantwortet (141) — Ludolf Camphausens Opposition gegen eine mittelstaatlich-preußische Koalition (143) — Die Absage der Regierung Brandenburg an die Frankfurter Nationalversammlung (146)

3. Preußens Waffenhilfe gegen den Dresdner Mai-Aufstand

Politische Weichenstellungen in Berlin: Camphausen, Radowitz, Otto von Manteuffel (147) — Die Reichsverfassungskampagne in Sachsen (150) — König Friedrich August II. zur Frage der Anerkennung der Reichsverfassung (157) — Die Auflösung der Landtage in Berlin, Hannover und Dresden (161) — Rücktritt der Regierung Held (166)

4. Der Anschluß Sachsens an das Berliner Verfassungsbündnis vom 26. Mai 1849

Beusts Option für den kleindeutschen Bundesstaat (170) — Die preußischen Verhandlungsgrundlagen (173) — Eröffnung der offiziellen Berliner Verhandlungen am 17. Mai 1849 (180) — Die Oberhauptsfrage (183) — Das Problem der Garantien gegen einen norddeutsch-preußischen Bundesstaat (188) — Das Berliner Projekt im Urteil Beusts (193)

5. Zur Problematik der Paulskirchenverfassung.

Die 48er Bewegung als Alternative zur Bismarckschen „Reichseinigung von oben“? (194) — 1849 als Anfang der „Tragödie des deutschen Liberalismus“ (196) — Die Opposition des sogenannten „Partikularismus“ gegen die bürgerlich-liberale Einheitsbewegung (197)

IV. SACHSEN UND DIE PREUSSISCHE UNIONSPOLITIK 198

1. Österreich und Bayern im politischen Kalkül Beusts

Felix Schwarzenberg und Preußen (198) — Schwarzenberg und Sachsen (201) — Botschafterdiplomatie in Dresden und Wien: Franz Graf Kuefstein und Rudolf von Könnertitz (204) — Bayerns Stellung außerhalb der preußischen Gefahrenzone (208) — Beusts Kontaktnahme mit von der Pfordten (210) — Die Verhandlungen zwischen Radowitz und von der Pfordten in Berlin, 27. Juni bis 2. Juli 1849 (213)

2. Sachsens Stellung im Verwaltungsrat des Dreikönigsbündnisses

Heinrich Anton von Zeschau (217) — Beusts Stellung zu Zeschau (221) — Beusts Instruktion für die Verhandlungen im Berliner Verwaltungsrat (224) — Die Frage des Anschlusses Thüringens an das Königreich Sachsen (226) — Zeschaus „Bundesakte für das gesamte deutsche Reich“ als Alternative zur Unionsverfassung (233) — Preußens Aktionen zur Festigung und Erweiterung der Union in ihren Rückwirkungen auf das Verhältnis zu den Partnern des Dreikönigsbündnisses (236)

3. Die sächsisch-hannoveranischen „Vorbehalte“

Kompetenz- und Funktionsfragen im Berliner Verwaltungsrat (243) — Zusammensetzung des Verwaltungsrates (Beitritt Badens und Hessen-Darmstadts; Stellung der kleineren Staaten im Bündnis) (248) — Mobilisierung der öffentlichen Meinung für die Unionspolitik (Vorlage der „Aktenstücke betreffend das Bündnis vom 26. Mai und die deutsche Verfassungsangelegenheit“ in den preußischen Kammern (254) — Anwendung der Unionsverfassung auf einen nord- und mitteldeutschen Sonderbund (die Frage der Reichstagsberufung vor dem Verwaltungsrat) (259) — Der Beschluß zur Ausschreibung der Reichstagswahlen (5. Oktober 1849) und das Ausscheiden Sachsens und Hannovers aus dem Verwaltungsrat (265)

4. Preußens deutsche Politik 1849 und die Reformvorstellungen der Mittelstaaten

Bedeutung des Dreikönigsbündnisses im Hinblick auf Beusts Konzeption zur Lösung der deutschen Frage (269) — Radowitz und die preußische Politik (270) — Zum Problem der Kontinuität Radowitz—Bismarck (272) — Die Positionen Beusts und Stüves (274)

V. DIE RÜCKKEHR ZUR POLITISCHEN ORDNUNG DES DEUTSCHEN BUNDES 277

1. Die Bedrohung der Mittelstaaten durch die österreichisch-preußische „Interims“-Politik

Österreichs Stellung zu den Mittelstaaten (277) — Das „Interim“ als Ansatz zu einer österreichisch-preußischen Herrschaftsteilung in Deutschland (278) — Rechtsverwahrung der mittelstaatlichen Regierungen gegen das „Interims“-Abkommen (280) — Konsequenzen der „Interims“-Politik für Sachsen: Teilung in eine österreichische und preußische Einflußzone (283) — Schwarzenberg und der Trias-Gedanke (287) — Von der Pfordtens und Beusts Ringen um eine Gesamtverfassung für Deutschland gegen Schwarzenbergs Politik des friedlichen Dualismus (289)

2. Die Münchner Übereinkunft vom 27. Februar 1850 als letzter Versuch einer mittelstaatlichen Verfassungspolitik

Das Gruppenprojekt von der Pfordtens (291) — Beusts Gegenaktion zugunsten des Berliner Verfassungsvorschlages (295) — Intervention Schwarzenbergs (297) — Stüves Entscheidung gegen das „Blendwerk“ der Münchner Verfassung (301) — Das Ende der Zusammenarbeit zwischen Beust und Stüve (303)

3. Die Ausschaltung der Mittelstaaten aus der deutschen Politik durch den österreichisch-preußischen Ausgleich von Olmütz (29. November 1850)

Anschluß Sachsens an die österreichische Deutschlandpolitik (305) — Die Wiederberufung der Frankfurter Bundesversammlung: Reaktivierung der alten Bundesordnung, Ausgangspunkt für die Bundesreform, Sicherung der österreichisch-preußischen Vorherrschaft? (307) — Sachsens Haltung auf der Zollvereinskonferenz in Kassel (311) — Rekurs auf das Bundesprinzip als Protest gegen den Olmützer Vertrag (315)

VI. PARTIKULARISMUS ALS NATIONALE REFORMPOLITIK. VERSUCH EINER WERTUNG 318

Beurteilung des Partikularismus in der Historiographie (318) — Ansatzpunkte für eine Neubewertung: großdeutsch-föderalistische Traditionen (320); Bismarck-Kritik (323) — Partikularismus und Nationalstaatsgedanke (328) — Das Problem der „realistischen Alternative“ zur Reichsgründung durch Preußen (330) — Das Rechts- und Vertragsprinzip in der Politik (331) — Beust als partikularistischer Politiker (335)

Quellen und Literatur 340

Personen- und Sachregister 353